

Gemeingüter demokratisieren statt privatisieren!



Editorial

Post zu, Briefkasten weg, Bahnhof verkauft, in die Kita regnet es rein, die Sozialbindung der Mietwohnung läuft aus: Es gibt viele Bereiche, bei denen Privatisierungen zu einem Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge führen. In vielen Bundesländern wurden Krankenhäuser privatisiert. In den letzten Wochen hagelte es bundesweit Meldungen von geplanten Klinikschließungen. Bei Protesten wird entgegnet: Man habe da keine „gesetzlichen Hindermöglichkeiten“, dem stünde die „im Grundgesetz geschützte Unternehmensfreiheit“ entgegen. Mit Kassenbeiträgen Gewinn zu machen ist per Gesetz erlaubt. Gleichzeitig gibt es aber keine Verpflichtung, die Notaufnahme offen zu halten, wenn die Rendite nicht mehr stimmt. Ziehen sich die Privaten aus der Daseinsvorsorge zurück, sind wir erst einmal ausgeliefert. Wir zeigen auf, was es ausmacht, wenn Gemeingüter öffentlich gesteuert werden, und was uns droht, wenn das nicht geschieht. | Carl Waßmuth

Der Kitt der Gesellschaft: Gemeingüter ermöglichen ein Leben in Würde

Wir benötigen andere, und andere benötigen uns. Öffentliche Dienste und Infrastrukturen sind unverzichtbar, um uns gegenseitig unterstützen zu können. Dieser Ansicht sind nicht alle: Die 1982 verstorbene russisch-US-amerikanische Bestsellerautorin Ayn Rand machte die Auffassung populär, dass uneingeschränkter Kapitalismus und Individualismus dem Kollektivismus überlegen seien. Ihre Fans findet man auch heute noch vom Silicon Valley bis zur Wall Street. Das marktradikale Ayn-Rand-Institut verwaltet ihr politisches Erbe und bestreitet den menschengemachten Klimawandel. Gemeingüter und Daseinsvorsorge werden auch in Deutschland nicht von allen als selbstverständlich angesehen. Krankenhäuser sollen „sich tragen“ – oder pleitegehen. Die Deutsche Bahn fährt seit der Bahnreform „eigenwirtschaftlich“ und hat das Schienennetz vernachlässigt und um gut 8.000 Kilometer reduziert.

Zuweilen schätzen Marktradikale Gemeingüter, denn das Geschäftemachen kommt immer wieder an seine Grenzen, trotz neuer Produkte. Da kommt es gelegen, dass für Daseinsvorsorge ein stetiger und zuverlässiger Bedarf besteht. Daseinsvorsorge für sozialen Ausgleich? Pfui Teufel! Daseinsvorsorge als Anlageprodukt? Ja, gern! Nicht von ungefähr meinte Nestlé-Chef Peter Brabeck-Letmathe, dass Wasser in seinen Augen kein öffentliches Gut sein sollte, sondern einen Marktwert benötige „wie jedes andere Lebensmittel auch“. Dabei fehlt zwei Milliarden Menschen der gesicherte Zugang zu sauberem Trinkwasser, der Tod von über tausend Kindern

täglich könnte durch bessere Hygiene und sauberes Wasser abgewendet werden.

Gemeingüter liegen in öffentlichem oder privatem Eigentum vor, werden in öffentlicher oder privater Rechtsform und öffentlich oder privat betrieben. Oft gibt es auch Mischformen. Kapitalanleger drängen auf Privatisierung von Gemeingütern und Rendite für ihre Leistungen. Infrastrukturen übernehmen sie nur, um sie danach auszulaugen, Instandhaltung und Investitionen scheuen sie, das schmälert ihren Gewinn.

Gemeingüter sind eine unscheinbare Alternative zum Kapitalismus. Werden sie demokratisch organisiert und kulturell gut eingebettet, können sie Bedarfe decken, ohne Menschen auszugrenzen. Und obendrein sind sie effizient und ressourcenschonend. Zum Beispiel die Feuerwehr: In deutschen Städten gibt es 116 Berufsfeuerwehren, die von 761 Werkfeuerwehren und 280 Betriebsfeuerwehren sowie sage und schreibe 23.297 freiwilligen Feuerwehren verstärkt werden. Nur in fünf Einzelfällen musste auf Pflichtfeuerwehren zurückgegriffen werden: Wo eine freiwillige Feuerwehr nicht zustande kommt und dadurch der Brandschutz nicht gewährleistet ist, werden geeignete Personen nach entsprechender Ausbildung zum Feuerwehrdienst verpflichtet. In Deutschland sind 996.688 Erwachsene in freiwilligen Feuerwehren aktiv, dazu kommen 31.308 Berufsfeuerwehrleute. Jeder 83ste ist im Brandschutz aktiv, dieses Engagement ist auch im internationalen Vergleich hoch. Feuerwehrfeste werden zuweilen belächelt. Wer sich

die umfangreiche Jugendarbeit von Feuerwehren ansieht, wird das allerdings kaum noch lächerlich finden. Benachbarte Brandschützer unterstützen sich, bei Großbränden wird die ganze Umgebung alarmiert. Darüber hinaus ist jedoch jede Feuerwehr für sich funktionsfähig. Damit ist die Feuerwehr in Deutschland enorm dezentral und so gut wie unprivatisierbar, zum Glück.

Anders die Krankenhäuser: Krankenhauspläne und die Finanzierung der Gebäude durch die Bundesländer entmachten Kommunen systematisch. Der Betrieb der Krankenhäuser hängt von der Bundesgesetzgebung ab – und die ist darauf ausgerichtet, bundesweit hunderte Kliniken zu schließen. Brennt es im Krankenhaus, so abgelegt es auch sei, ist die Feuerwehr in 17 Minuten zur Stelle. Wenn jemand von der Feuerwehr krank wird und den Rettungswagen ruft, kann es bis zu 50 Minuten dauern, bis die nächste Notaufnahme erreicht wird. Wie kommt das? Käme man auf den Gedanken, lokale Feuerwehren zu weit entfernten Großfeuerwehren zusammenzulegen? Kleine Kliniken sind so schlecht privatisierbar wie kleine Feuerwehren. Großkliniken hingegen können für Anleger sehr profitabel sein. Es ist an der Zeit, dieser zerstörerischen Logik entschieden entgegenzutreten.

Übrigens: Als das Ayn-Rand-Institut 2020 seine Gehälter nicht mehr bezahlen konnte, beantragte es Regierungskredite von bis zu einer Million US-Dollar. Als Ayn Rand Krebs bekam, meldete sich die Gegnerin staatlicher Hilfe bei einer Krankenversicherung an – unter falschem Namen. | Carl Waßmuth

Der Bedarf gehört ins Zentrum, nicht der Profit

Jeder Mensch braucht sauberes Wasser, eine Wohnung, Strom. Auch der Zugang zu medizinischer Versorgung, Bussen, Bahnen und Bildung gehört zur Grundversorgung. Solche Güter und Dienstleistungen sollten für alle Bewohner:innen eines Landes zuverlässig und bezahlbar zur Verfügung stehen. Die Befriedigung ihrer Bedürfnisse muss das Ziel dieser Betriebe und Infrastrukturen sein. Daseinsvorsorge heißt das seit knapp einem Jahrhundert im Verwaltungsjargon.

Anders als bei Autos, Sofas oder Pauschalreisen darf es bei der öffentlichen Infrastruktur nicht um die Erwirtschaftung von Profiten gehen. Was die Nutzenden bezahlen, sollte komplett für gute Qualität und einen dauerhaften Betrieb eingesetzt werden. Zugleich muss der Staat laufend investieren, um die Gemeingüter in gutem Zustand zu halten – und dafür gerecht Steuern erheben.

Doch seit den 1980er Jahren sind viele Kommunen zunehmend verschuldet – vor allem als Folge wachsender Aufgaben und sinkender Steuersätze. Durch den Verkauf ihrer Wohnungsunternehmen und Stadtwerke versuchten sie, sich Luft zu verschaffen. Zugleich behauptete der neoliberale Zeitgeist, dass der Markt alles günstiger erledigen könnte. Bald nach den Privatisierungen aber stiegen Wassergebühren und Strompreise, zugleich wurde die Infrastruktur auf Verschleiß gefahren. Das fiel erst einmal kaum auf, weil der Verfallsprozess langsam stattfindet und der Staat kein Recht hat, bei Privatfirmen Einblick zu nehmen. Gleiches gilt auch für öffentliche Betriebe, die privatrechtlich

organisiert sind wie die Deutsche Bahn AG.

Inzwischen ist das Ergebnis der Kommerzialisierungspolitik sichtbar: Brücken brechen zusammen, Wasserrohre lecken, Schulklos stinken, die Bahn hat Dauerverspätung. Die Mieten explodieren, weil private Investoren so viel rausholen wie möglich. In der Gesundheitsversorgung zählt nicht mehr der Bedarf, sondern der Profit – ob bei Behandlungen oder der Versorgungsplanung.

Das riesige Investitionspaket der Bundesregierung wird wenig ändern, wenn nicht an den Ursachen angesetzt wird. Bestimmte Güter und Dienstleistungen dürfen keine Ware sein. Die Eigentumsfrage gehört deshalb ins Zentrum der Debatte. Tatsächlich ermöglichen die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit.

Außerdem gibt es Gemeineigentum jenseits von Markt und Staat. Aus dem angelsächsischen Sprachraum kommen der Begriff „commons“ und das Verb „commoning“, das das Engagement für Gemeingüter meint. Die gemeinsame Verantwortung verändert das Verhalten der Beteiligten. Das stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie, während die zunehmende Spaltung in Arm und Reich das Gegenteil bewirkt.

Daseinsvorsorge muss auf den Bedarf fokussieren, und der rechtliche Rahmen hat das abzusichern. Transparenz und Kontrolle durch die Nutzenden sind dafür unabdingbar – zum Schutz vor Übergriffen von privater und staatlicher Seite. | Annette Jensen



„Ich bin der Fluss, der Fluss ist ich“ – so sehen es die am Fluss Whanganui lebenden indigenen Maori-Clans in Neuseeland. Sie erkämpften sich vom neuseeländischen Parlament 2017 das Recht, das Wohlergehen des Flusses zu überwachen, der nun als juristische Person anerkannt ist. Ähnliche Rechte wurden auch dem kanadischen Magpie und weiteren Gewässern zuerkannt.

Gemeingut Wasser: heiß umkämpft

Die hiesige Rechtsauffassung von Wasser könnte nicht weiter davon entfernt sein. Gewässer dürften privatisiert, abgeleitet, in Flaschen verkauft, verschmutzt und vergiftet werden. Und das, obwohl Wasser das wertvollste gemeinsame Gut aller Lebewesen ist, das durch uns alle hindurchfließt und uns alle verbindet. Unser Körper besteht zu 70 Prozent aus dem

Wasser von Spree, Elbe, Bodensee und anderen Gewässern, das in Wasserwerken aufgearbeitet wird.

In Deutschland ist die Versorgung mit Trinkwasser zu etwa 51 Prozent öffentlich und zu 22 Prozent privat organisiert, der Rest sind Mischformen oder unklar. Seit der neoliberalen Welle der 1980er und 1990er wurden immer wieder kommunale Wasserwerke verkauft, nach Protesten aber in mindestens 19 Fällen wieder zurückgenommen (siehe Seite IV). Die Europäische Bürgerinitiative Right2Water sammelte 2013 erfolgreich gut eine Million Unterschriften gegen die Marktfreigabe von Wasser, die Kommission sagte 2014 zu, das einzuhalten. Im Rahmen der im Juni 2025 veröffentlichten EU-„Wasserresilienz-Strategie“, in der Right2Water nicht erwähnt wird, könnte die Privatisierung nun durch die Hintertür der öffentlich-privaten Partnerschaften zurückkommen, weil angeblich die Investitionen der öffentlichen Hand nicht ausreichen.

Mit den Hitzewellen der Klimakrise wird es immer wichtiger, dass alle unabhängig

vom Preis über genügend Nass verfügen. Deutschland galt bisher zwar als wasserreich, aber das ändert sich gerade: In der Mehrzahl seiner Regionen sinkt der Grundwasserspiegel. Und aufgrund von Landzerstörung, Abholzung, Versiegelung sowie Wasserableitung durch Kanalisation nimmt fast überall die Bodenfeuchte ab, sodass nicht genügend Wasser verdunstet, weniger Wolken gebildet werden und es schlussendlich weniger regnet. Ein Teufelskreis, der Verteilungskonflikte in Gang setzt. Industrie und Energiekonzerne verbrauchen am meisten von dem kostbaren Gut. Manche Konzerne entnehmen Grundwasser sogar umsonst. In Privathaushalten werden im Schnitt rund 121 Liter pro Tag und Person getrunken, verkocht und in die Kanalisation gespült. Wie viel die Landwirtschaft verbraucht, dazu gibt es keine belastbaren Zahlen. Und es ist auch nicht klar geregelt, wer im Falle akuter Wasserknappheit prioritär versorgt wird. Die Bevölkerung oder doch die Konzerne, die das Recht auf Wasser ganz anders verstehen als wir? | Ute Scheub

Gesundheitsversorgung ist für unser Leben von essentieller Bedeutung, gleichzeitig ist sie inzwischen ein Wirtschaftsbereich, der zweistellige Gewinne ermöglicht. Davon können viele andere Wirtschaftszweige nur träumen. Das heißt aber nicht, dass Gesundheitsversorgung und Gewinnstreben gut vereinbar sind. Im Krankenhaussektor verstärkt seit den 1970er Jahren eine Reform nach der anderen Kommerz und Privatisierung. Damit kommt es zu wachsenden Versorgungsproblemen. Dieser Prozess begann in der Bundesrepublik mit der Trennung von Infrastruktur und Betrieb, als 1972 die „duale Finanzierung“ eingeführt wurde. In den 1980er Jahren erging vom Gesetzgeber die Erlaubnis, Gewinne abzuführen, und private Träger stiegen vermehrt in den Krankenhaussektor ein. Ein Jahrzehnt später setzte bei den Kliniken eine große Schließungswelle ein, die bis heute andauert. Anfang 2000 erweiterte dann die Fallpauschalenfinanzierung (DRG – Diagnosis Related Groups) den Spielraum für Gewinne. Auch die aktuelle Reform dreht das Rad weiter in Richtung ökonomischer Ausbeutung von Gesundheitsversorgung. Es drohen noch mehr Unterfinanzierung, Versorgungsabbau und Privatisierung – als besonders unrentabel gelten kleinere wohnortnahe Krankenhäuser der Allgemeinversorgung, Notaufnahmen, Geburtsstationen und Kindermedizin. Sie alle eint,

Gemeingut Gesundheit: systematisch verhökert

dass ihre Fälle nicht planbar sind und Spezialisten verschiedenster Fachrichtungen jederzeit einsatzbereit sein müssen. Der Vision von Gesundheitsökonominnen und Leitern privater Klinikketten läuft das zuwider: Sie wünschen sich planbare Operationen, am besten ambulant und mit möglichst viel Einsatz von Medizintechnik. Ihre optimalen Patient:innen sind als Schwerkranken abrechenbare, die gleichzeitig wenig Kosten und Aufwand verursachen.

Die durchökonomisierte Organisation spaltet den Krankenhaussektor. Grund- und Notfallversorgung bringen wenig Geld ein, orthopädische Operationen sind hingegen Goldesel – die Zahl der Knieoperationen wuchs zwischen 2003 und 2023 um 78 Prozent. Neoliberal orientierte Gesundheitsökonominnen dominieren die Debatten, auch der ehemalige Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zählt zu ihnen. Sie erwecken den Eindruck, dass die Krankenhäuser in öffentlicher Hand nicht wirtschaften können und deshalb

pleitegehen oder geschlossen werden sollten. Die diesjährige Studie des Beratungsunternehmens Roland Berger zeigt, dass 89 Prozent der Krankenhäuser in öffentlicher Hand das Jahr 2024 mit einem Defizit abschließen, während Kliniken in privater Trägerschaft zu 83 Prozent Gewinne machten. Im Nachgang zur aktuellen Reform wird erwartet, dass rund 400 Allgemeinkrankenhäuser schließen müssen. Solche öffentlichen Kliniken müssen aber alle aufnehmen. Wer soll künftig Patient:innen mit unspezifischen Leiden versorgen oder diejenigen, deren Behandlung viel Zeit und Aufwand erfordert, Alte und Multimorbide, und alle, die von privaten Trägern abgelehnt werden?

Um uns aus der neoliberalen Reformdauererschleife zu befreien, brauchen wir starken Widerstand und klare Lösungen: Demokratische Bedarfsplanung sichert die Allgemeinversorgung und verhindert die Überversorgung mit lukrativen, aber medizinisch nicht notwendigen Operationen. Selbstkostendeckung finanziert notwendige Ausgaben, aber keine Gewinne. Von da aus wäre es nicht mehr weit bis zu einem grundsätzlichen Verbot jeglicher Gewinnentnahme aus dem Gesundheitswesen – ein richtiger Schritt, wie wir finden. Der breite Widerstand zur Rettung unserer Krankenhäuser formiert sich: Gemeingut hat 2020 das Bündnis Klinikrettung gegründet und vernetzt bundesweit engagierte Menschen und Gruppen für eine bessere Gesundheitsversorgung – alle, die sich einbringen wollen, sind willkommen. Mehr unter: www.klinikrettung.de | Laura Valentukeviciute



Alle Lebewesen auf den Erdkontinenten sind von deren dünner Humusschicht abhängig. Darin tummelt sich eine unfassbare Menge an Kleinstlebewesen. In nur einem Gramm fruchtbarer Erde befinden sich ungefähr eine Milliarde Lebewesen und schätzungsweise 100.000 Bakterienarten. Ihre Zusammenarbeit und Symbiose ernähren uns alle: Pflanzen, Pilze, Tiere, Menschen. Das Zusammenspiel von allem, was im Boden krecht und fleucht, ändert sich jede Millisekunde, mit jedem Sonnenstrahl, jedem Regentropfen. Das Bodenleben produziert eine ungeheure Stoffwechselleistung, viel zu beziehungsreich, um von Menschen überhaupt erfasst und verstanden werden zu können. Bisher kennt die Wissenschaft nur einen Bruchteil der Arten, die sich im Erdreich tummeln. Das Bodenleben mit seinem ungeheuren Artenreichtum ist ein unermesslicher Bodenschatz, den es zu bewahren gilt.

Denn für die Menschheit ist Boden unersetzlich. Er bringt Lebensmittel hervor, filtert Wasser und dient als Fundament für Gebäude und unsere ganze Zivilisation. Er verwirklicht Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung und Wohnen. Und er befriedigt im wahrsten Sinne des Wortes Grund-Bedürfnisse.

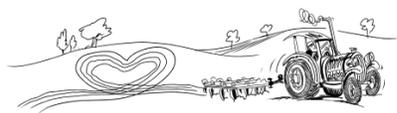
Und doch behandeln Menschen Boden und Bodenleben als „Ding“, als „Eigentum“, das zu kaufen, zu bebauen oder sogar zu zerstören diejenigen das Recht haben, die ein paar Scheine besitzen. Wir stoßen uns nicht daran, wir haben uns daran gewöhnt: Eigentum „gehört“ jemandem, was etymologisch mit „gehörchen“ verwandt ist. Aber Bodenbakterien oder Regenwürmer denken gar nicht daran, jemandem zu gehorchen, sie leben völlig unabhängig von Menschen.

Und doch ging der Siegeszug der kapitalistischen Wirtschaft – verkürzt erzählt – mit der Privatisierung des Bodens einher, der sogenannten Einhegung der Commons, der kommunalen Gemeingüter. Im England des 16. und 17. Jahrhunderts wurden sie eingezäunt und kleinbäuerlichen Familien weggenommen. Diese verloren ihre Lebensgrundlage und mussten sich als Tagelöhner verdingen, das Proletariat entstand. Wer Lebensmittel anbauen wollte, musste fortan Land kaufen oder pachten, die Bodenpreise stiegen. Auch städtischer Boden wurde privatisiert und brachte seinen Eigentümern bis heute lukrative Mieten ein. Wer das unverschämte Glück hatte, Grund und Boden zu erben, konnte von anderen Geld eintreiben und sich (fast) leistungslos in die Hängematte legen. Ein Privileg, das nur Reiche haben, obwohl es rechte Medien fälschlicherweise Bürgergeld-Beziehenden nachsagen.

Wenn die Allgemeinheit über Boden verfügen könnte, müssten wir nicht alle tagtäglich – versteckt in steigenden Le-

bensmittelpreisen und Mieten – Geld an Eigentümer von Häusern und Ackerflächen zahlen. Denn das knappe und nicht vermehrbare Gemeingut Boden konzentriert sich immer mehr in den Händen von Konzernen und Superreichen. In Deutschland gibt es deshalb ein massives „Höfesterben“. Die Europäische Union zahlt über ihre Agrarpolitik Subventionen pro Hektar Fläche und macht dadurch Großbetriebe noch größer. Folge: Die größten 14 Prozent bewirtschaften inzwischen fast zwei Drittel des gesamten deutschen Agrarlandes, kleinbäuerliche Familien können bei Pachten und Bodenpreisen nicht mehr mithalten. Im Jahr 1971 gab es noch über eine Million Bauernhöfe, bis heute mussten drei Viertel von ihnen aufgeben.

Vor allem seit der Finanzkrise 2008 steigen zudem immer mehr Investoren in die sichere Vermögensanlage Ackerland ein, was die Preise noch mehr hochtreibt. Zwischen 2007 und 2020 stiegen sie im Schnitt um fast 200 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern sogar um 440. Auch die Pachtpreise erhöhten sich seit 2010 durchschnittlich um 76 Prozent. Zu diesen fachfremden Investoren zählen Vonovia, Münchener Rück, Aldi-Nord und ihre Lukas-Stiftung, Igneo Infrastructure Partners, Steinhoff oder Lindhorst. Oft kaufen sie die Flächen indirekt über Anteile an Immobilienfirmen. Durch solche „Share Deals“ sparen sie die Grunderwerbsteuer. Das Grundstücksverkehrsgesetz und weitere Gesetze zur Agrarstruktur sollen dafür sorgen, dass echte Landwirte und Gärtnerinnen beim Landkauf Vorrang haben. Aber ausgerechnet der mit den „Großen“ verbundene Bauernverband torpedierte in Thüringen, Sachsen und Brandenburg die Verabschiedung solcher Gesetze.



In den Städten explodieren aus ähnlichen Gründen die Mieten. Viele Menschen müssen ein Drittel bis zur Hälfte ihres Einkommens an Hauseigentümer und Immobilienkonzerne abführen oder landen in der Wohnungslosigkeit.

In der westdeutschen Nachkriegszeit war das noch anders. Die Bundestagsabgeordneten beschlossen 1950 mit dem ersten Wohnungsbaugesetz, dass die öffentliche Hand den Wohnungsbau „für die breiten Schichten des Volkes“ fördern muss. Aber schon ab 1960 wurden Mietpreisbindungen abgeschafft. Der heftigste Einschnitt erfolgte 1990 unter CDU-Kanzler Kohl: Wohnungsbaugesellschaften durften nicht mehr gemeinnützig sein. Das

erlaubte umfangreiche Privatisierungen. Und, wenig bekannt: Der soziale Wohnungsbau fördert heute de facto privates Wohneigentum. Die Immobilienwirtschaft kann durch die Staatsförderung in der Anfangsphase Investitionskosten sparen und nach etwa 20 Jahren, nachdem die Mietpreisbindung ausgelaufen ist, hohe Mieten eintreiben. Auf diese Weise kassiert sie große Profite, gleichzeitig entsteht

Gemeingut Boden: flächendeckend sichern

ein sich ständig fortsetzender Mangel an preiswerten Wohnungen. Laut IG Bau verschwindet alle sechs Minuten eine Sozialwohnung vom Markt.

Boden sollte allen zur Verfügung stehen, in der Stadt wie auf dem Land. Er könnte der Privatisierung entzogen werden, wenn man ihn als „Nutzungseigentum“ umdefiniert. Das bedeutet nicht, wie von interessierter Seite gern unterstellt, dass „Oma ihr klein Häuschen weggenommen werden soll“. Nein, Oma kann Haus und Garten selbstverständlich behalten. Es bedeutet aber, dass Boden nicht mehr verkauft oder gar als Spekulationsobjekt missbraucht werden kann. Akteure, die in Stadt oder Land Boden bebauen wollen, hätten nur noch ein Verfügungsrecht. Die öffentliche Hand könnte ihnen Nutzungs- oder Erbbaurechte anbieten. „Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar.“ Er dürfe daher „nicht dem unübersehbaren Spiel der Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen“, sondern müsse für die Daseinsvorsorge in den Dienst des Gemeinwohls gestellt werden. Das schrieb nicht etwa ein Kommunist, sondern der 2020 verstorbene Bundesbauminister Hans-Jochen Vogel (SPD).

Vogel schlug vor, dass Kommunen Land von Bund und Ländern erhalten, das sie nicht weiterverkaufen, sondern nur im Erbbaurecht an Dritte abgeben dürfen, etwa an Wohnungsbaugenossenschaften. – In der Landwirtschaft müssten zusätzlich die Bestimmungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU geändert werden, gemäß denen die größten Landeigentümer und Massentierhalter die meisten Subventionen erhalten. | Ute Scheub

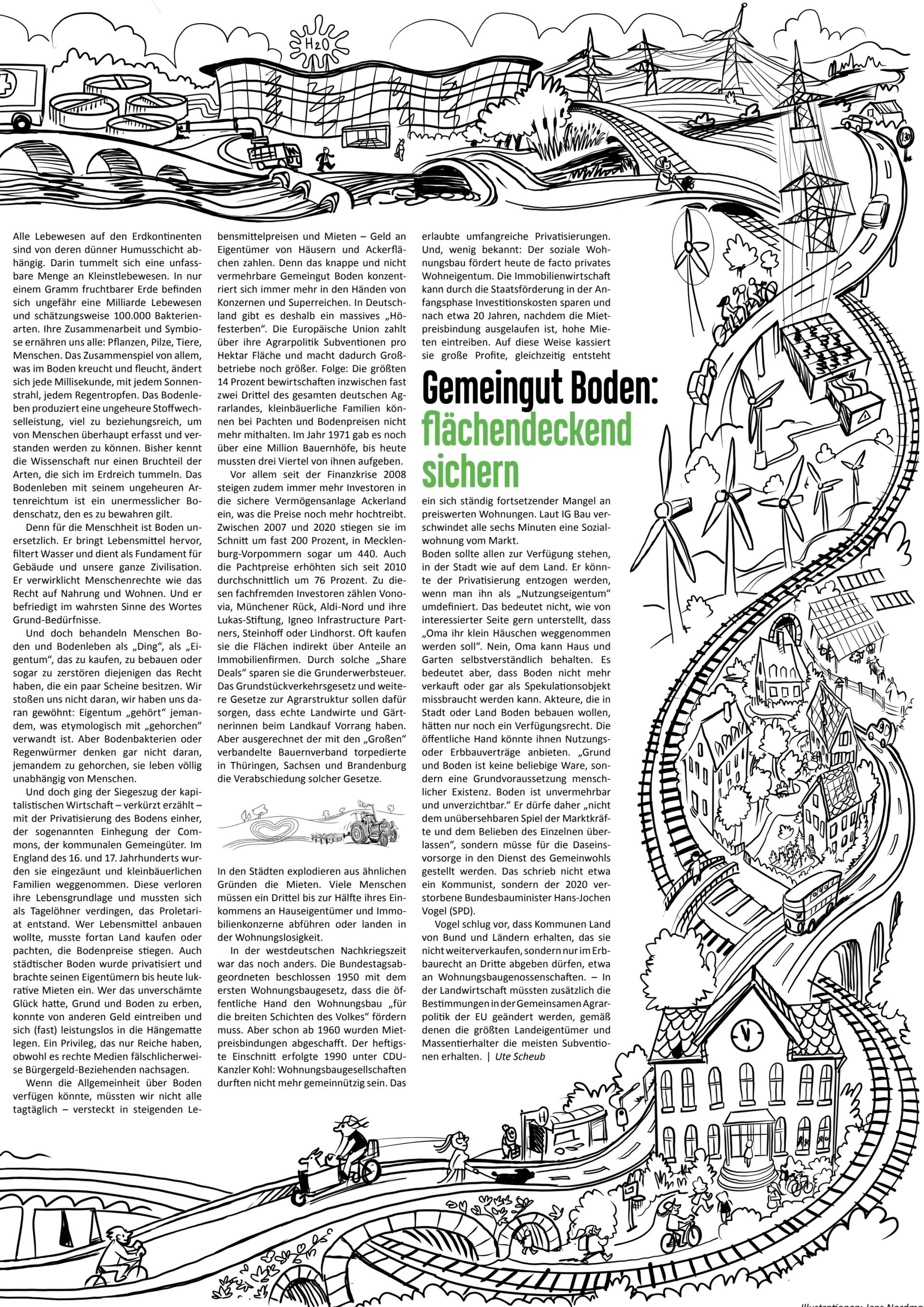




Foto: Gemeingut

Aktiv für Gemeingüter

Wir finden: Schulgebäude, Wasserleitungen, Krankenhäuser, Sportstätten, öffentliche Verkehrsmittel oder auch Autobahnen sind Teil der öffentlichen Infrastruktur. Sie müssen dem Gemeinwohl dienen und dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Privatisierungen schädigen die öffentliche Daseinsvorsorge – deswegen haben wir im Jahr 2010 den Verein Gemeingut in BürgerInnenhand gegründet. Wir setzen uns mit Kampagnen und Aktionen dafür ein, dass die Daseinsvorsorge gestärkt wird. Gemeingüter wie Boden, Wasser, Bildung oder Energie bilden die Grundlage einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Sie sind Teil unseres gesellschaftlichen Erbes:

Generationen haben Ideen und Arbeitskraft für den Aufbau öffentlicher Institutionen und Infrastrukturen aufgebracht. Seit Jahrzehnten jedoch werden die Einrichtungen der Daseinsvorsorge kaputtgespart und nach und nach privatisiert. Die Gestaltung und Veränderung der Gemeingüter ist aber unsere ureigene Angelegenheit, wir wollen nicht vor vollendeten Tatsachen stehen. Um unsere Daseinsvorsorge zu beleben, sind dringend Investitionen und ein Privatisierungsstopp notwendig. Daher engagieren wir uns auch für Umverteilung durch die Besteuerung großer Vermögen. Weitere Informationen zu unserer Arbeit gibt es unter:

<https://www.gemeingut.org/>

Petition jetzt unterschreiben:

Gemeingüter schützen – Demokratie stärken

Sehr geehrte Regierungsmitglieder und Bundestagsabgeordnete,

Gemeingüter und Daseinsvorsorge sind Grundlagen eines solidarischen Miteinanders. Seit Jahrzehnten werden Gemeingüter in unserem Land jedoch vernachlässigt und privatisiert. Die Daseinsvorsorge erodiert. Die Menschen verlieren das Vertrauen in den Staat. Wir wollen stattdessen die Demokratie schützen und ausbauen. Deshalb appellieren wir an Sie, die Privatisierung von Gemeingütern zu verbieten und diese Güter unter öffentlich-rechtliche Kontrolle zu stellen. Begonnen werden soll bei Wasser, Gesundheit und Boden:

Wasser ist ein Menschenrecht und für alle Lebewesen essentiell. Die Versorgung mit Trinkwasser, Abwasserentsorgung und Grundwasserschutz sollten öffentlich erfolgen. Privatisierte Wasserbetriebe und Abwasserentsorger sind den Kommunen zu übertragen. Gewässer sollten als juristische Personen anerkannt werden, die das Recht auf Gesundheit, Wiederherstellung und Erhaltung ihres Ökosystems haben. Die Wasser-

ressourcen und der Zugang zu sauberem Wasser sind auf der Welt ungleich verteilt. Das wird durch Wasserkolonialismus im Zuge des Imports wasserintensiver Produkte und durch die Verschmutzung der Gewässer unserer Erde noch verstärkt. Sorgen Sie für Wassergerechtigkeit, Deutschland muss sich am globalen Ausgleich angemessen beteiligen.

Wir haben das Recht, gesund zu werden und zu bleiben, so gut es geht. Werden wir krank, steht uns schnelle und kompetente Hilfe zu – dafür finanzieren wir das **Gesundheitssystem** aus Beiträgen und Steuern. Es ist Aufgabe von Regierung und Parlament, dass sich niemand an gesundheitlicher Schwäche bereichert. Bitte beenden Sie Gewinnentnahmen aus dem Gesundheitssystem – führen Sie das Finanzierungssystem Selbstkostendeckung wieder ein. Die öffentliche Hand sollte eine flächendeckende Versorgung bereitstellen, die nächste Klinik darf höchstens eine halbe Stunde entfernt sein. Deswegen sorgen Sie dafür, dass es demokratische Bedarfsplanung

gibt und keine weiteren Krankenhäuser geschlossen werden.

Boden ist keine Ware. Ohne Boden ist kein Leben auf dem Land möglich. Die Humusschicht des Bodens lebt, sie muss vor Übernutzung, Erosion und Versiegelung geschützt werden. Mietpreisexplosionen und Spekulation mit Ackerland werden am besten an der Ursache beendet, dem Irrweg von Privateigentum am Gemeingut Boden. Boden ist unvermehrbar, er sollte in Stadt und Land der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Wer Boden bebauen oder bewirtschaften will, kann von der Allgemeinheit zeitlich begrenzte Verfügungsrechte erwerben, muss dabei jedoch vorgegebene öffentlichen Belange erfüllen. **Wir appellieren an Sie, unsere Gemeingüter im vorgenannten Sinne zu schützen und verfügbar zu machen.**

Freundlich grüßen

Gemeingut in BürgerInnenhand
und alle Unterzeichnenden

Jetzt online unterschreiben unter:

<https://www.gemeingut.org/gemeinguetter-schuetzen>

Gute Beispiele und Vorbilder

Rotes Wien

Wien hat bereits 1919, damals von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei regiert, mit sozialem Wohnungsbau begonnen und nie damit aufgehört. Sechzig Prozent der Bevölkerung leben heute in einem Gemeindebau oder einer von der Stadt geförderten Wohnung. Die Mieten sind gedeckelt, die Wohnungsgesellschaften dürfen keine Rendite erwirtschaften. Die Mieterträge von „Wiener Wohnen“ fließen in die Instandhaltung und Sanierung. Die Bruttomiete beträgt rund acht Euro pro Quadratmeter, ist unbefristet und kautionsfrei. Viele Wohnblöcke sind luftig gebaut, haben grüne Innenhöfe und Spielmöglichkeiten für Kinder. Und: Die Stadt hat ein umfangreiches Programm aufgelegt, mit dem neben Dämmung fossilfrei-

es Heizen mit Fernwärme, Geothermie und Wärmepumpen gefördert werden – auch und gerade für Ärmere. Derzeit werden 100 Plohhäuser entsprechend umgebaut.

Rekommunalisiertes Wasser

1999 wurden die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert, die Konzerne Veolia und RWE übernahmen die Führung, die umfangreichen Verträge blieben geheim. Ab 2003 kam es zu drastischen Preissteigerungen. Berlin hatte plötzlich bundesweit das teuerste Wasser. Der zivilgesellschaftliche „Berliner Wassertisch“ erkämpfte einen Volksentscheid, der die Offenlegung der Verträge und eine Rekommunalisierung forderte, und die taz stellte den 90.000 Blatt umfassenden Geheimvertrag ins Internet. Im Volksentscheid von 2011 stimmten 98,2 Prozent der Teilneh-

menden mit Ja. Der Senat kündigte 2013 die Verträge, musste aber über 1,2 Milliarden Euro als entgangenen Gewinn an Veolia und RWE zahlen.

In Rostock wollte der französische Konzern Suez die Übernahme des dortigen Wasserbetriebes als Einstieg in den ostdeutschen Markt nutzen. Wie in Berlin war der Vertrag geheim. 2011 gab Suez ihn an Eurawasser weiter, eine Tochtergesellschaft des Remondis-Konzerns. Die Bürgerschaft befürwortete eine Überprüfung, ob eine Rekommunalisierung machbar wäre, Eurawasser aber wehrte sich mit allen Mitteln dagegen. Der Dachverband aller öffentlichen Unternehmen in Rostock und die Gewerkschaft ver.di befürworteten die Rekommunalisierung. 2014 stimmte die rot-rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft dafür. Die kommunale Gesellschaft „Nordwasser“ ist seitdem für die Wasserversorgung der Stadt und der umlie-

genden Gemeinden zuständig. Der Wasserpreis sank um 24 Prozent, Arbeitsbedingungen besserten sich, Löhne stiegen. In Wuppertal, Wiesbaden, Wetzlar, Bochum, Dortmund und anderswo fanden ebenfalls Rekommunalisierungen statt.

Blue Communities

Im Jahre 2010 erkannte die UNO den sicheren Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen als Menschenrecht an. Ein Mittel zur Umsetzung sind die sogenannten Blue Communities: weltweit über 100 Städte, die sich zu diesem Menschenrecht bekennen, Wasser und Abwasserentsorgung in öffentlicher Hand belassen und kein Flaschenwasser in öffentlichen Einrichtungen verkaufen. Die Bewegung wurde 2011 von der Alternativen Nobelpreisträgerin Maude Barlow gegründet. In Deutschland sind unter anderem München, Berlin, Hamburg, Freiburg und Marburg dabei.

Rekommunalisierte Klinik

Im mecklenburgischen Crivitz übernahm ab 1997 der Privatbetreiber Medioclin, der zur Klinikhauskette Asklepios gehört, das dortige defizitäre Krankenhaus. Die Geschäftsleitung wollte 2019 die Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe schließen, stieß aber auf breite Empörung. Monatelang kämpften Bewohner*innen, Belegschaft und die Gewerkschaft ver.di für den Weiterbetrieb. Die parteilose Bürgermeisterin setzte sich zusammen mit den Linken und Grünen im Kreistag für die Schließungsrücknahme und Rekommunalisierung ein. Nach Zusage finanzieller Unterstützung durch die Landesregierung kaufte der Landkreis Ludwigslust-Parchim Ende 2020 die Klinik zurück. Sie ist inzwischen Teil eines kommunalen Klinikverbands. Im Film „Der marktgerechte Patient“ ist der Fall Crivitz gut dargestellt. | Ute Scheub

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende!

Um der Privatisierung lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen wirksam entgegenzutreten zu können, benötigt Gemeingut in BürgerInnenhand Ihre Hilfe. Wenn sich viele einbringen, können wir erfolgreich sein. Seien Sie dabei, unterstützen Sie unsere Arbeit für eine gute Daseinsvorsorge. Werden Sie Fördermitglied oder spenden Sie.

■ Sie können schnell, sicher und bequem online spenden:

www.gemeingut.org/spenden

■ Sie können Ihre Spende auch direkt auf unser Konto überweisen: **Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.**

Bankverbindung: GLS Bank
IBAN: DE20 4306 0967 1124 2291 00
BIC: GENODEM1GLS

■ Oder schicken Sie den nebenstehenden Coupon an:

Gemeingut in BürgerInnenhand e.V.
Weidenweg 37, 10249 Berlin

- Ich spende
 einmalig vierteljährlich
 halbjährlich jährlich
 15 € 30 € 60 € _____ €
 Ich werde Fördermitglied* mit
 vierteljährlich halbjährlich
 jährlich _____ €

* Mindestbeitrag: 60 € pro Jahr

Konto-Inhaber:in _____

IBAN _____

Datum und Unterschrift _____

E-Mail-Adresse _____

Postanschrift: Vorname Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Gemeingut ist als gemeinnützig anerkannt, Ihr Förderbeitrag ist steuerlich absetzbar. Spendenquittungen versenden wir am Anfang des nächsten Jahres – bitte teilen Sie uns dafür Ihre Postadresse mit!

Fördermitglied werden und ein Buch bekommen!

Wenn Sie noch **vor dem 31. Oktober 2025** Fördermitglied von Gemeingut werden, schenken wir Ihnen eines der folgenden Bücher. Einfach Ihr Wunschbuch ankreuzen und den Coupon ausgefüllt an Gemeingut in BürgerInnenhand schicken.

Rutger Bregman: Moralische Ambition. Wie man aufhört, sein Talent zu vergeuden, und etwas schafft, das wirklich zählt. Rowohlt Verlag 2024

Bernd Hontschik: Heile und herrsche! Eine gesundheitspolitische Tragödie. Westend Verlag, 2022

Uwe Ritzer: Der Ausverkauf. Wasser, Boden, Rohstoffe. Wer mit unseren Ressourcen Profite macht und was wir dagegen tun können. Penguin Verlag 2025

Jedes dieser Bücher ist sachkundig und faktenreich, liefert eine Lagebeschreibung, Beispiele sowie Lösungsansätze und regt zum Handeln an.

Mitmachen!

Materialien anfordern und verteilen: Bestellen Sie unser Infopaket mit 100 Zeitungen, je einem Heft Lunapark21 extra „Privatisierung“ und „Mietenexplosion vs. Daseinsvorsorge“ und 20 Unterschriftenlisten. Auch andere Mengen sind möglich. Einfach E-Mail senden an: info@gemeingut.org

Mitarbeiten: Kommen Sie zu unseren monatlichen Treffen in Berlin oder den regelmäßigen Kampagnen-Videokonferenzen. Wir freuen uns über weitere Aktive! Wenn Sie mitarbeiten möchten, schreiben Sie uns an: info@gemeingut.org

Informieren: In unseren E-Mail-Infobriefen berichten wir über aktuelle Entwicklungen im Bereich Daseinsvorsorge und unsere Aktivitäten dazu. Hier können Sie sich in den Verteiler eintragen:

www.gemeingut.org/infobrief

Impressum

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.
Weidenweg 37
10249 Berlin
Telefon +49 (0)30 37300442
www.gemeingut.org
info@gemeingut.org

Vertretungsberechtigter Vorstand:
Herbert Storn, Laura Valentukeviciute
und Carl Waßmuth

V.i.S.d.P.: Carl Waßmuth
Redaktion: Katrin Kusche,
www.wortformer.de

1. Auflage
Redaktionsschluss: 18.09.2025
Veröffentlichung als taz-Mitdruck
am 26.09.2025

Texte, soweit nicht namentlich gekennzeichnet: Carl Waßmuth,
Katrin Kusche

Diese Ausgabe wurde finanziell
unterstützt von:

STIFTUNG ●●●●●
MENSCHENWÜRDE
UND ARBEITSWELT

Unterstützen Sie weitere
Auflagen mit einer Spende!